

az ONLINE TOP

Tödlicher Einsatz: Ein Berner Kantonspolizist wurde bei einer Zwangsäumung erschossen.

Prozess: Kachelmann-Verteidiger fordern einen Freispruch.

Armee: Zwei Schweizer Rekruten wurden in München wegen einer Schlägerei festgenommen.

Politik: Britische Königsfamilie empfängt US-Präsident Obama.

Unfall: Freiamter Bauer wäre bei Kühlschranks-Entsorgung fast in Recycling-Anlage verbrannt.

Fussball: Shaqiri und Yakin gehen aufeinander los.

Kosten: Wo bleibt nach Steuern, Abgaben und Wohnkosten am meisten vom Einkommen übrig?

Verkehr: Verschiedene Zuschläge für Grau- und Schwarzfahrer.

VIDEO DES TAGES



Ein 39-jähriger Berner Kantonspolizist ist bei einer Zwangsäumung in Schaffhausen im Emmental ums Leben gekommen. Ein zweiter Polizist erlitt einen Oberarmdurchschuss.

Presseschau

CORRIERE DELLA SERA

Obama Während die Europäer sich in inneren Auseinandersetzungen verschleissen – etwa über die Finanzkrisen Griechenlands und Portugals oder die Migrantenflut aus Nordafrika – war es an Obama, jenen Völkern, die sich von Diktatoren und Elend befreien wollen, eine Zukunftsvision zu geben. Aber Amerika kann das nicht allein tun, vor allem jetzt nicht in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche. Obama ist offenbar entschlossen, eng mit den Europäern zusammenzuarbeiten, um seine Agenda voranzubringen.

DER STANDARD

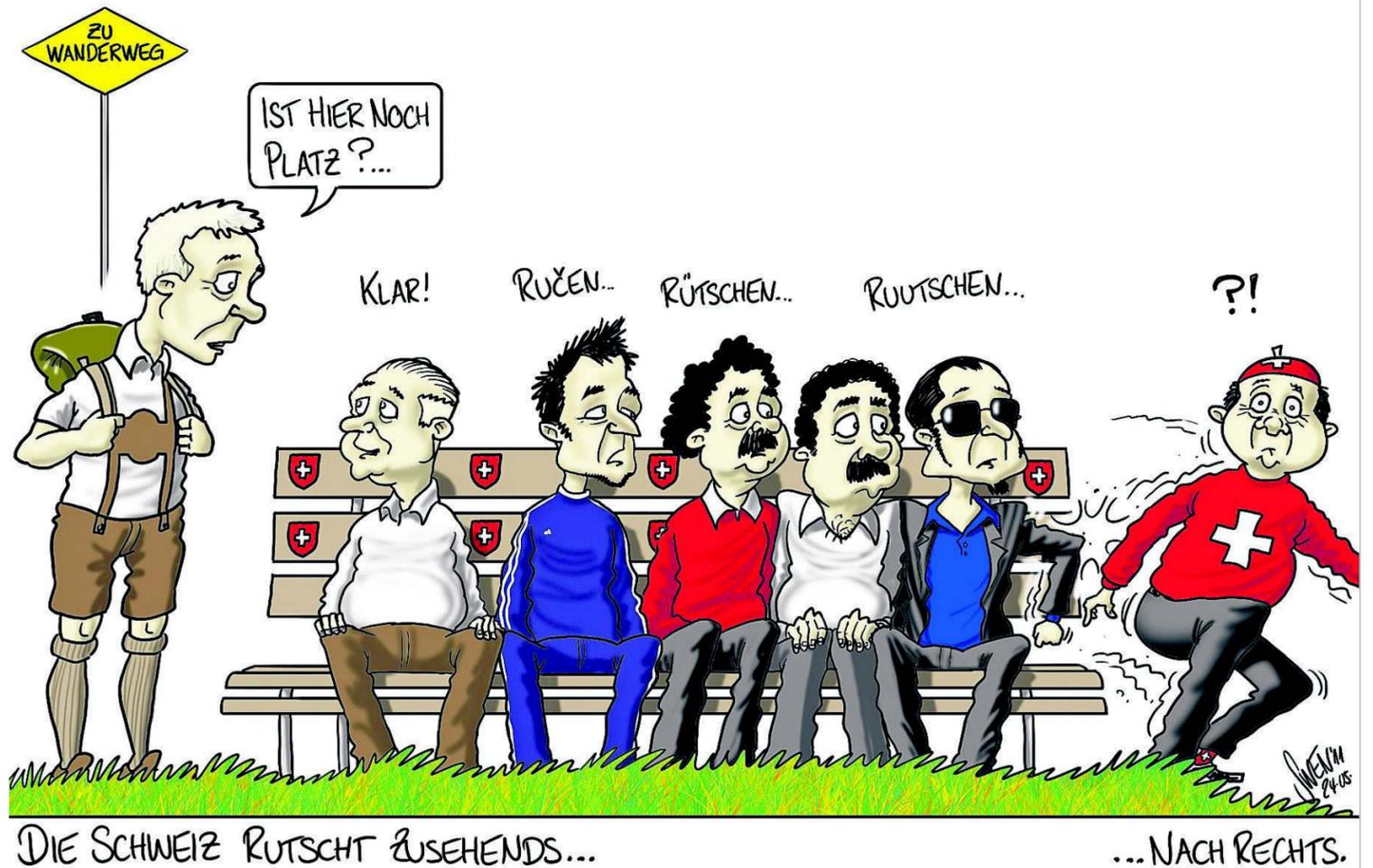
Spanien Millionen Spanier haben den Glauben an die Politik verloren. Sie fühlen sich nicht vertreten von Parteien, auf deren Listen korrupte Kandidaten vertreten sind. All dies macht den Erfolg der Bewegung «Echte Demokratie jetzt!» aus, die die Strasse für sich entdeckt hat. Was bei der «revolución española» letztlich herauskommen wird, weiss keiner. Doch einfach wieder verstummen wird sie sicher nicht. Was wir hier erleben, das ist der Beginn einer anhaltenden ausserparlamentarischen Opposition.

Das Wetter heute

11° 24°



Karikatur zur Zuwanderung



Gastbeitrag zur Debatte über den Ausstieg aus der Atom-Energie

Einstieg in den Ausstieg jetzt

■ **EINDRÜCKLICH WAR** es am Sonntag im Aargau und das Signal unmissverständlich: Gut 20 000 Menschen, Jung und Alt, von überall her, pilgerten in einem endlosen bunten, friedlichen, fröhlichen Menschenstrom am AKW Beznau vorbei, durch Dörfer und über Feldwege zur grössten Anti-AKW-Kundgebung seit 25 Jahren. Ihre Forderungen, kreativ auf Fahnen, Transparenten, Velos montiert an die Politik war klar: Keine neuen AKW, der Ausstieg muss jetzt beschlossen werden, die Energiewende jetzt erfolgen.

BUNDES RAT UND PARLAMENT wurden von den Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmern dabei unmissverständlich aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und endlich den raschen Ausstieg zu planen. Dass sich der Bundesrat aber an seiner heutigen Sitzung für einen vorzeitigen Ausstieg ausspricht, ist kaum zu erwarten und wäre eine echte Überraschung. Zu gross wird wohl der Druck von Economie Suisse und der mächtigen Stromkonzerne sein. Doch welchen Bären dienen sie mit diesem sturen Verhalten der Wirtschaft selbst und den nächsten Generationen! Es ist somit wahrscheinlich, dass der Bundesrat das Szenario ohne neue AKW empfiehlt, aber die momentan unbefristeten Laufzeiten der alten AKW wie Mühleberg und Beznau beibehält.

DA DER BUNDES RAT für einen verbindlichen Beschluss dem Parlament erst ein Gesetz unterbreiten muss, kommt das Szenario zwei also faktisch einem Moratorium gleich: Die Gesetzesvorlage würde somit frühestens in zwei Jahren überhaupt in Kraft treten. Dies bedeutet für die gesamte Volkswirtschaft einmal mehr Planungsunsicherheit. Und für die dringend nötige Energiewende einmal mehr Stillstand statt Innovation, Rückschritt ins Atomzeitalter anstatt Schaffung von neuen nachhaltigen Arbeitsplätzen! Das wollen wir nicht! Es



Maya Graf

Die Autorin ist Nationalrätin der Grünen für den Kanton Baselland und zweite Vizepräsidentin der grossen Kammer.

wird daher am Parlament liegen, dem Bundesrat klare Aufträge für den Atomausstieg zu geben. Die erste Gelegenheit wird der Nationalrat am 8. Juni haben, wo er erstmals Stellung zu fast 100 energiepolitischen Vorstössen nehmen kann. Es wird spannend sein, wie sich die einzelnen Fraktionen kurz vor den Parlamentswahlen positionieren werden. Ob das Parlament bereit ist, Vorstösse zu überweisen, die den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft und die Förderung erneuerbaren Energien sowie Massnahmen für die Energieeffizienz endlich einleiten? Dabei ist zu bedenken, dass die Parlamentsmühlen langsam mahlen. Bis ein verbindlicher Parlamentsbeschluss zum Ausstiegsszenario in Kraft treten könnte, würde es bis Anfang 2013 dauern, wenn man die Referendumsfrist mit einrechnet.

BIS DAHIN WIRD DAS PARLAMENT neu gewählt sein, und man darf gespannt sein, ob sich gewisse bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier nach den Wahlen immer noch so dezidiert gegen Atomkraftwerke aussprechen werden wie jetzt

unter dem Eindruck von Fukushima und der Anti-AKW-Stimmung in der Bevölkerung. Die Erfahrung zeigt leider, dass schnell vergessen wird, wenn man vergessen will. Daher ist die Atomausstiegsinitiative der Grünen, die sie mit einer breiten Allianz letzte Woche lanciert hat, dringend nötig und kommt parallel zur Parlamentsdebatte auch zeitlich genau richtig. Nur sie hält den Druck für einen raschen Ausstieg auch in zwei Jahren noch aufrecht.

ABER NOCH VIEL WICHTIGER ist: Die grüne AKW-Ausstiegsinitiative bezieht die Bevölkerung mit ein, die in ihrer ablehnenden Haltung zu Atomkraft und für die Förderung der erneuerbaren Energien unserer Regierung und dem Parlament meilenweit voraus ist. Die Leute möchten in die erneuerbare Zukunft für ihre Kinder und Kindeskinde heute investieren. Sie wollen ihnen nicht immer mehr radioaktive Abfälle überlassen, sie nicht einem Risiko eines Super-GAU, das unser dicht besiedeltes Land unbewohnbar machen würde, aussetzen und sie nicht von Stromkonzernen und dem schmutzigen Urangeschäft abhängig sehen. Die Leute möchten, dass Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse als Energieträger kombiniert mit cleverem Stromsparen dezentrales Wirtschaften, Eigenverantwortung, Unabhängigkeit und Kreativität für unsere nächsten Generationen fördert. Das ist wahre Freiheit und Liebe zur Heimat, liebe SVP, FDP und CVP! Genau das hat der Menschenstrom gegen Atom am letzten Sonntag vorgelebt. Und es werden immer mehr werden!

Die az-Gastautoren

Pirmin Bischof, CVP-Nationalrat (SO)
Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin (AG)
Katja Gentinetta, Autorin und Moderatorin
Maya Graf, GPS-Nationalrätin (BL)
Lukas Reimann, SVP-Nationalrat (SG)
Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied, Edipresse
Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
Cédric Wermuth, Vizepräsident SP Schweiz (AG)

Kommentar

von Benno Tuchschnid



Wenn Freigesprochene trotzdem zahlen müssen

Eine zu teure Unschuld

■ Bekifft Auto fahren ist zu Recht strafbar. Nicht bekifft Auto fahren ist zu Recht nicht strafbar – und manchmal trotzdem strafbar – und manchmal trotzdem strafbar. So in einem der az vorliegenden Fall: Die Polizei testete einen Autofahrer bei einer Routinekontrolle per Drogenschnelltest positiv auf Cannabis. Weil kein Test unfehlbar ist, verfrachten sie ihn ins Spital, wo sie den Beschuldigten mittels Urin- und Bluttest noch einmal prüfen. Das ist Routine.

Bei diesem Test wurde aber klar: Der Autofahrer war zum Zeitpunkt der Kontrolle fahrfähig, sprach sauber. Der Schnelltest lag falsch. Trotzdem musste der Mann die Kosten für die Tests übernehmen – 588 Franken. Die Begründung: Er habe die Tests schuldhaft verursacht. Der Mann hatte zugegeben, zwei Tage zuvor in Amsterdam einen Joint konsumiert zu haben.

Dieses Vorgehen der Justiz ist nicht nachvollziehbar. Entweder der Beschuldigte fährt unter Drogeneinfluss Auto – dann muss ihn die Justiz bestrafen. Oder aber er fährt nicht unter Drogeneinfluss – dann muss die Justiz das Verfahren einstellen und die Kosten für die Blut- und Urintests übernehmen. Unschuld und trotzdem zahlen, das geht nicht. Es widerspricht dem gesunden Menschenverstand. Doch genau diese Mischrechnung macht die Justiz – nicht nur in diesem Fall. Denn diese Weiterverrechnung von Verfahrenskosten hat in der Schweiz Tradition. Es wird höchste Zeit, dass die Justiz das ändert.

benno.tuchschnid@azmedien.ch